

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des beschließenden Verwaltungsausschusses am
23.02.2015 im Ratssaal des Friedrichsbaus, Bühl, Friedrichstraße 2

Sitzungsdauer: 14:05 Uhr bis 17:55 Uhr

- - - - -

Anwesend sind:

Vorsitzender

Oberbürgermeister Hubert Schnurr

Gremiumsmitglied

Stadträtin Dr. Margret Burget-Behm

Stadtrat Daniel Fritz

Stadtrat Oswald Grißtede

Stadtrat Peter Hirn

Stadtrat Ludwig Löschner

Stadtrat Hubert Oberle

Stadtrat Dr. Jan Ernest Rassek

Stadtrat Walter Seifermann

Stadträtin Dr. Claudia Wendenburg

Stadtrat Jörg Woytal

Stellvertretendes Mitglied

Stadtrat Franz Fallert

Ortsvorsteher

Ortsverwaltung Weitenung, Daniel Fritz

Stellv. Ortsvorsteher Vimbuch, Volker Leppert

Verwaltung

Erster Beigeordneter, Wolfgang Jokerst

Bürgerservice-Recht-Zentrale, Dienste Martin

Bürkle

Finanzen, Johanna Balaskas

Bildung-Kultur-Generationen, Klaus Dürk

Stadtentwicklung, Bauen, Immobilien,

Wolfgang Eller

Tiefbau, Umwelt und Verkehr,

bis 16:45 Uhr anwesend

Michael Pfeiffer

Personal und Organisation, Jutta Luft

Rechnungsprüfung, Thomas Bauer

Rechts- und Ausländerwesen,

bis 15:30 Uhr anwesend

Elisabeth Beerens

Personalrat, Thomas Kist

Finanzen, Sandra Liebich

Zentrale Dienste, Reinhard Renner

Zentrale Dienste, Edwin Höll

Bürgerservice, Andreas Bohnert

Finanz- und Rechnungswesen

Albert Gärtner

Kultur, Schule und Sport, Petra Ewert

Liegenschaften, Bernd Übelin

Stadtplanung, Hochbau und Klimaschutz,
Bettina Lehmann

bis 16:30 Uhr anwesend

Presse

2

Entschuldigt fehlen:

Gremiumsmitglied

Stadtrat Prof. Dr. Karl Ehinger

Tagesordnung

1. Vorberatung des Haushaltsplanentwurfes 2015 sowie des Wirtschaftsplanes des Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung
2. Berichte und Anfragen

TOP 1: Vorberatung des Haushaltsplanentwurfes 2015 sowie des Wirtschaftsplanes des Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung

OB Schnurr begrüßt die Anwesenden und weist auf die Tischvorlage „Erläuterungen zum Personalaufwand“ hin. Er übergibt das Wort an Fachbereichsleiterin (FBL) Balaskas, die anhand einer Präsentation einige Eckdaten des Haushaltsplanentwurfes 2015 vorstellt.

Stadtrat Grißtede möchte zunächst wissen, wie es mit der vor kurzem im Gemeinderat vorgestellten Eröffnungsbilanz weitergehe. OB Schnurr informiert, dass das Werk zunächst dem Rechnungsprüfungsamt und anschließend den Fraktionen zur Verfügung gestellt werden solle, bevor der Gemeinderat dann darüber beschließen solle. Außerdem sollen die zur Aufstellung der Eröffnungsbilanz gehörenden Bewertungsrichtlinien vorher noch in einem Ausschuss behandelt werden.

Es folgt die Beratung des Haushaltsplanentwurfes nach den ausgewiesenen Teilhaushalten und Produktbereichen:

Teilhaushalt 1 Zentrale Steuerung und Innere Verwaltung (S. 24 ff)

1110 Kommunale Steuerung

Stadträtin Dr. Burget-Behm möchte eine Übersicht der eingereichten Ideen und Beschwerden (S. 28) bekommen, die ihr von OB Schnurr zugesichert wird.

1111 Organisation und Dokumentation kommunaler Willensbildung (S. 34 ff)

Auf Nachfrage von Stadtrat Fritz informiert Abteilungsleiter Renner über das neue Ratsinformationssystem (S. 37, I 1111870000), mit dem bereits seit November 2014 die Gemeinderatsvorlagen erstellt würden. In Kürze sollen auch Bürger über die städtische Homepage Einblick in die öffentlichen Ratsunterlagen nehmen können. Stadträte sollen einen erweiterten Zugang, z.B. für nichtöffentliche Sitzungen, erhalten. Außerdem soll in diesem Zusammenhang der Friedrichsbau mit WLAN ausgestattet werden.

1113 Rechnungsprüfung (S. 43 ff)

BM Jokerst erklärt auf Anfrage von Stadträtin Dr. Burget-Behm zum Unterschied zwischen Controlling und Rechnungsprüfung, dass Controlling in erster Linie ein Steuerungsinstrument mit Blick auf gegenwärtiges und zukünftiges Handeln sei. Die grundsätzliche Aufgabenstellung eines Rechnungsprüfungsamtes läge dagegen in der vergangenheitsbezogenen Kontrolle aller Vorgänge auf rechtlich einwandfreie und wirtschaftlich angemessene Vorgehensweisen.

Auf Nachfrage von Stadtrat Dr. Rassek erläutert Herr Bauer die auch beim Rechnungsprüfungsamt angesiedelte Korruptionsbekämpfung. So würden u.a. die grundsätzlich vorzulegenden Submissionsergebnisse stichprobenartig überprüft. Außerdem sei man Ansprechpartner für Bürger, die Hinweise zu Korruptionsverdachtsfällen geben wollten. Bisher lagen allerdings keine solchen Fälle vor.

Auf Nachfrage von Stadträtin Dr. Burget-Behm zu den hohen Geschäftsausgaben in 2015 erklärt Herr Bauer, dass die im Rahmen der 2015 anstehenden überörtlichen Prüfung durch die GPA entstehenden Kosten nach dem Zeitaufwand in Rechnung gestellt würden.

11140200 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte (S. 46 ff)

Stadtrat Dr. Rassek bemerkt die deutlich zurückgegangenen Beratungsgespräche der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten. Frau Luft führt den Rückgang zum einen auf die Umorganisation innerhalb der Stadtverwaltung zurück, nach der sie inzwischen hauptsächlich für die Stabsstelle Personal- und Organisation zuständig sei. Nachdem auch keine Werbung

oder Sprechstunden mehr veröffentlicht würden sei auch daraus ein Rückgang erklärbar.

1114 Personalrat (S. 49 ff)

Der Vorsitzende des Personalrats, Herr Thomas Kist erläutert die Erhöhung der Personalstelle sowie den damit verbundenen Anstieg der Personalkosten aufgrund einer Änderung im Landespersonalvertretungsgesetz, nach der ab einer Größe von neun Personalratsmitgliedern eine Vollzeitstelle für die Tätigkeit des Vorsitzenden zu schaffen ist. Frau Luft informiert auf Nachfrage von Stadtrat Fallert über den Einstieg in ein Gesundheitsprogramm für alle Beschäftigten.

1114-07 Städtepartnerschaften/Europa (S. 52 ff)

Stadtrat Seifermann fordert eine intensivere Förderung des Schüleraustausches. BM Jokerst will dies bei der im März anstehenden Bürgermeisterkonferenz der Partnerstädte ansprechen.

1120 Organisation und EDV (S. 57 ff)

Laut Herrn Höll (Abteilung Zentrale Dienste, EDV) sind Geschwindigkeit und Qualität der Internetanbindung für die Ortsverwaltungen, insbesondere Weitenung, weiterhin zu schlecht. Bisher könnten die Anbieter keine zufriedenstellende Lösung realisieren, die Verwaltung teste in Eisental derzeit eine Alternative.

Abteilungsleiter Renner erklärt zur Frage von Stadtrat Hirn, dass künftig grundsätzlich alle PCs in der Verwaltung nach 5 Jahren ausgetauscht werden sollen, um die EDV-Ausstattung auf einem aktuellen Stand zu halten. Dazu sei eine jährliche Neuanschaffung von rund 60 Geräten vorgesehen, bis der vorhandene Investitionsstau abgebaut ist. Die Stadträte Löschner und Grißtede haben Bedenken wegen der Einhaltung von Sicherheitsbestimmungen bei der Verschrottung von EDV-Geräten. Herr Höll teilt mit, dass beim Austausch bzw. Verschrotten von PCs immer die ausgebauten Festplatten durch eine beauftragte Firma vernichtet würden.

1123 Justizariat (S. 74 ff)

Auf Anfrage von Stadtrat Dr. Rassek wird Frau Beerens einen Überblick der anhängigen Verfahren auf Mittwoch zusammenzustellen.

Stadtrat Seifermann und Dr. Rassek möchten zum anhängigen Klageverfahren „Ruine Kurhotel Hundseck“ informiert werden. Frau Beerens teilt mit, dass im letzten Herbst eine Klageerwidern der Verwaltung an das Gericht geschickt wurde, seither wurde nichts weiter bekannt; auch einen Termin zur Verhandlung gäbe es noch nicht. Stadtrat Dr. Rassek bittet dringend um Nachfrage bei Gericht, Frau Beerens wird dies erledigen.

1124 Gebäudemanagement (S. 77 ff)

Stadtrat Grißtede kritisiert den geplanten Verkauf von nur sechs Gebäuden als zu wenig, um dauerhaft Kosten zu senken. Stadtrat Seifermann fordert ebenfalls, beim Gebäudemanagement aktiver zu werden. Zu klären sei, welche Gebäude abgestoßen werden könnten und wie die anderen Gebäude saniert werden müssten, um Energiekosten zu senken oder höhere Mieteinnahmen zu erzielen. Gleichzeitig sollte Gelände für sozialen Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden. Stadtrat Dr. Rassek stimmt seinen Vorrednern zu, er äußert jedoch Zweifel hinsichtlich der Marktfähigkeit und des erzielbaren Gewinns aus städtischen Gebäudeveräußerungen. Stadtrat Woytal entgegnet, dass selbst bei einem geringen Verkaufserlös der Erfolg im Wegfall der Bewirtschaftungs- und Unterhaltskosten läge.

OB Schnurr bestätigt die Notwendigkeit, sich des Themas intensiv zu widmen. Eine nachhaltige Kostensenkung ließe sich nur über die Reduzierung der Anzahl städtischer Gebäude erreichen. Allerdings habe die Flüchtlingsproblematik eine neue Situation geschaffen. Weil

die Stadt das Wohnheim Erlenstr. 56 als Flüchtlingsheim an den Landkreis vermiete, brauche sie andere Wohnungen für die bisher dort untergebrachten Obdachlosen, erläutert FBL Eller. Hieraus ergeben sich auch die Veränderungen bei den Flächenangaben zum vermieteten Wohnraum und für Obdachlosenunterkünfte im Produktbericht. BM Jokerst ergänzt, dass innerhalb der nächsten 2 – 3 Jahre laut Prognose des Landratsamtes keine weiteren Flüchtlinge aufgenommen werden müssten.

Stadträtin Burget-Behm möchte über die Brandschutzmaßnahme im Friedrichsbau (I11244200070, S. 84) informiert werden. FBL Eller erläutert, dass Brandschutzklappen nachgebessert werden müssten.

Stadtrat Seifermann wünscht eine Kostenübersicht zu den bisher erledigten Brandschutzmaßnahmen an städtischen Gebäuden.

Teilhaushalt 2 Bürgerservice und Öffentliche Sicherheit (S. 111 ff)

1221 Verkehrswesen (S. 122 ff)

Mehrere Stadträte kritisieren die nicht zulässige Nutzung des Markt- und Kirchplatzes als Kfz-Parkplatz. Vor allem am Wochenende und auch sonntags zu den Gottesdienstzeiten sei der Platz voll von abgestellten Autos. Die Situation wird vermutlich auch durch die Bauarbeiten in der Franz-Conrad-Straße und der Schulze-Delitzsch-Straße verschärft, wo etliche Kurzzeit-Parkplätze momentan blockiert seien.

Die entstandene „Gewohnheit“ erklärt FBL Bürkle mit den während der Bauarbeiten am Rathaus II praktisch nicht durchführbar gewesenen Kontrollen und Absperrungen. Vermutlich wird sich hieran wegen der anstehenden Sanierung des Rathaus I noch einige Zeit keine Verbesserung ergeben. OB Schnurr sagt zu, die Aufstellung von Blumenkübeln als Durchfahrtssperre prüfen zu lassen.

Stadtrat Dr. Rassek beklagt generell eine „mangelnde Verkehrsmoral“ in Bühl, da Geschwindigkeitsbeschränkungen und immer öfter sogar rote Ampeln ignoriert würden. Stadtrat Hirn merkt an, dass man nicht annähernd die Ziele erreicht habe, die man sich mit der Verkehrsberuhigung in der Hauptstraße gesetzt habe; Stadtrat Grißtede weist auf tageszeitlich bedingte Unterschiede hin. Stadtrat Woytal beklagt sich, dass Autofahrer enge Straßen wie z.B. die Poststraße zuparkten und dann Lieferfahrzeuge nicht mehr durchkämen.

FBL Bürkle entschuldigt die weniger gewordenen Kontrollen in den vergangenen Monaten mit der starken Inanspruchnahme des städtischen Vollzugsdienstes durch die Flüchtlingsunterbringung. Allerdings gebe es z.B. für die Hauptstraße eine Beanstandungsquote von nur 10 bis 15 Prozent, was lt. Polizei ein sehr gutes Ergebnis sei. Einzelverstöße mit sehr hohen Geschwindigkeiten gäbe es immer wieder, allerdings weniger in der Hauptstraße als vielmehr in der Eisenbahnstraße zwischen Kiosk und Rathaus-Kreisel.

Stadtrat Fallert fordert, in den Stadtteilen vermehrt Geschwindigkeitskontrollen im morgendlichen Berufsverkehr durchzuführen. FBL Bürkle entgegnet, dass auf entsprechende Hinweise von Anwohnern auch immer wieder in den Morgenstunden kontrolliert werde.

Stadtrat Seifermann erkundigt sich nach dem weiteren Verbleib der Zulassungsstelle in Bühl, da im kommenden Herbst der von der Stadt seit 15 Jahren finanzierte Mietvertrag auslaufe. Er fordert, dass zukünftig die Mietkosten vom Landkreis als Aufgabenträger übernommen werden sollen. OB Schnurr kündigt an, demnächst mit dem Landrat u.a. den weiteren Verbleib der Zulassungsstelle in Bühl und Kostentragung durch den Kreis anzusprechen.

1123 Personenstandswesen (S. 136 ff)

Für den Produktbericht sollen auf Nachfrage von Stadtrat Dr. Rassek die Geburten- und Sterbefälle des Jahres 2014 am Mittwoch nachgereicht werden.

Stadtrat Fritz regt an, die Gebühren bei Eheschließungen usw. zu erhöhen, da der Kostendeckungsgrad zu niedrig sei. FBL Balaskas erklärt, dass die Höhe aller Verwaltungsgebühren in nächster Zeit grundsätzlich überprüft werden solle.

1224 Grundbuchwesen (S. 139 ff)

OB Schnurr teilt mit, dass das Grundbuch bereits zum 1. Juli 2017 aufgelöst werden solle. Die Akten würden dann zentral im Landesgrundbuchamt in Achern verwaltet; in Bühl verbleibe nur eine Einsichtsstelle.

1260 Brandschutz (S. 146 ff)

Stadträtin Dr. Burget-Behm erinnert an den Personalrückgang bei der Feuerwehr. BM Jokerst erklärt, dass in einer Arbeitsgemeinschaft nach Ideen bzw. konkreten Vorschlägen gesucht werden solle, wie das ehrenamtliche Engagement in der Feuerwehr gestärkt werden könne. Die Ergebnisse sollen im Laufe des Jahres dem Gemeinderat präsentiert werden.

Teilhaushalt 3 Schulträgeraufgaben (S. 153 ff)

211006 Bereitstellung und Betrieb von Gymnasien (S. 176 ff)

Stadträtin Dr. Burget-Behm verweist auf die deutlich niedrigeren Energiekosten der Carl-Netter-Realschule im Vergleich zum baulich wesentlich älteren Windeck-Gymnasium und fordert deshalb, die Sanierung des Gymnasiums zu forcieren. Stadtrat Oberle beantragt, die für 2016 vorgesehene Planungsrate für die Sanierung auf 2015 vorzuziehen, um schneller mit Sanierungsarbeiten beginnen zu können. Möglicherweise könne man das Projekt über ein kfw-Darlehen finanzieren, die immer noch sehr günstigen Zinsen wären über Einsparungen bei den Energiekosten leicht auszugleichen.

Der Wärmeverlust an dem Gebäude sei immens, deshalb plädiert auch Stadtrat Seifermann für eine ernsthafte Prüfung, ob die erst 2018/19 vorgesehene Sanierung nicht vorgezogen werden könne. Selbstverständlich dürfe das Ziel, ohne neue Schulden auskommen zu wollen, nicht aus den Augen verloren werden - das Gymnasium sei nur eines von vielen städtischen Gebäuden, an denen etwas getan werden müsse. Eine Untersuchung solle zeigen, ob eine Sanierung oder ein Neubau sinnvoll sei. Stadtrat Griefstede erinnert daran, dass der Einbau einer neuen Heizungsanlage schon vor vielen Jahren diskutiert wurde. Das Problem sei aber vielschichtig, zum einen die wegen Asbest ausgetauschten Elektronachtspeicheröfen, zum anderen die schlechte Isolierung der Betonwände, veraltete Fenster und die mittlerweile zu großen Räume. Stadtrat Dr. Rassek stimmt ihm zu und meint mit Blick auf einen möglichen Neubau, dass dieser zwar zunächst wohl teurer komme als eine Generalsanierung, aber bei den Folgekosten sicherlich deutlich gespart werden könne. Auch Stadträtin Wendenburg konstatiert, dass sich am Altbau in den vergangenen Jahrzehnten wenig verändert habe, die Heizung liefere permanent auf Hochleistung. Das Gymnasium sei aber die größte Schule und müsse auch während eines Umbaus oder Neubaus funktionsfähig bleiben. Stadtrat Fritz ist der Meinung, angesichts der immer noch niedrigen Zinsen sei jetzt der richtige Zeitpunkt, um zu handeln.

OB Schnurr gibt den Gemeinderäten Recht, dass die Stadt planerisch tätig werden müsse, um Klarheit über den notwendigen Umfang der baulichen Maßnahmen und deren Kosten zu erhalten. Wichtig sei, sowohl Sanierung/Erhalt als auch Teil-Neubau zu untersuchen. Er greift daher den Antrag von Stadtrat Oberle (CDU) auf und schlägt vor, im Entwurf die im Jahr 2016 eingestellte zweite Planungsrate von weiteren 20 Tsd. € zu streichen und dafür den Ansatz in diesem Jahr auf 40 Tsd. € zu erhöhen. Die Änderung soll im Haushaltsentwurf zur Verabschiedung aufgenommen werden.

21109 Aloys-Schreiber-Schule (S.182)

Stadtrat Seifermann und Stadträtin Dr. Burget-Behm thematisieren an dieser Stelle die Bachschloss-Schule im Hinblick auf deren Zukunft. Für BM Jokerst ist es denkbar, an einzelnen

Schulen unterschiedliche Schwerpunkte zu setzen und nennt als Beispielthema die Inklusion. OB Schnurr erklärt zum Ausbau der Gemeinschaftsschule, dass ein Architektenwettbewerb, z.B. für die geplante gemeinsame Mensa der Aloys-Schreiber-Schule und der Realschule, aber auch für einen zusätzlichen Bewegungsraum in der Schulturnhalle, vorgesehen sei, was aufgrund gesetzlicher Vorgaben ab einer Honorarsumme ab 120.000 € unumgänglich wäre. Stadtrat Oberle vertritt die Auffassung, dass diese Summe besser direkt für den Ausbau verwendet werden solle.

Teilhaushalt 4, Kultur, Gesundheit und Sport (S. 185 ff)

2521 Stadtgeschichtliches Institut (S. 196)

Stadtrat Fritz möchte die Verkaufszahlen des Bühler Jahrbuches wissen. FBL Dürk teilt mit, dass bereits rd. 500 Exemplare, das sei etwa die Hälfte der Auflage, verkauft seien. Eine Anzahl werde noch z.B. für Schulentlassfeiern reserviert, sodass für den freien Verkauf noch etwa 300 Exemplare zur Verfügung stünden. OB Schnurr ergänzt, dass diese im Buchhandel erhältlich seien.

2730 Bühler Bildungsportal (S. 213 ff)

Stadträtin Dr. Burget-Behm bemängelt den niedrigen Kostendeckungsgrad beim Seniorenbüro und fordert dazu auf, die Gebühren für Kurse und Vortragsreihen zu erhöhen. OB Schnurr will dies im Zusammenhang mit den allgemeinen Verwaltungsgebühren überprüfen lassen.

2810 Bürgerhaus Neuer Markt (S. 217 ff)

Stadtrat Dr. Rassek moniert, dass das 25-jährige Bestehen des Bürgerhauses im vergangenen Jahr nicht stärker heraus gestellt worden sei, auch müssten Überlegungen zur Attraktivitätssteigerung insbesondere im Bereich Klassik vorangetrieben werden. BM Jokerst bestätigt, dass in einer Arbeitsgruppe, der auch sachkundige Bürger angehören, nach Ideen gesucht werden soll, wie die Besucherzahlen im Bürgerhaus erhöht werden könnten.

Lt. FBL Dürk sollen die von Stadtrat Fallert nachgefragten höheren Erträge aus dem Jazztival entstehen, das 2015 wieder durchgeführt werden soll.

Stadträtin Dr. Burget-Behm findet, dass bei den kulturellen Freiwilligkeitsleistungen nicht genügend gespart werde. Dem widerspricht Stadtrat Seifermann mit dem Hinweis, dass der Personalaufwand durch Stelleneinsparungen halbiert würde. FBL Dürk zeigt an zwei Beispielen die Defizit-Senkung durch vermehrtes Sponsoring auf: beim Bluegrass-Festival von 30.000 € auf 13.000 €, beim Jazztival von 20.000 € auf 10.000 €. Besonders das Jazztival sei beispielsweise den Mäzenen rund 15.000 € an Unterstützung wert.

Um 17.55 Uhr schließt der Vorsitzende den Tagesordnungspunkt und schlägt vor, den Haushaltsentwurf in der nächsten Sitzung am Mittwoch, den 25.02.2015 weiter zu beraten. Er ruft daher den nächsten Tagesordnungspunkt auf.

TOP 2: Berichte und Anfragen

Stadträtin Dr. Wendenburg möchte wissen, ob in der Bühler Innenstadt eine Leinenpflicht für Hunde gelte. Abteilungsleiter Bohnert verneint dies, verweist aber auf § 28 StVO, nach dem Hunde ohnehin nur dann im Straßenraum unterwegs sein dürften, wenn die Begleitperson „ausreichend einwirken“ könnte. Bei auffälligen Hunden könne außerdem eine Leinen- oder Maulkorbpflicht verhängt werden.

Zur Beglaubigung:

Der Oberbürgermeister:

Die Stadträte/innen:

Hubert Schnurr

Der Schriftführer:

Sandra Liebich